

Der rote Faden der Regierung.



Besser für die Menschen.

CDU

„Herr Schröder, das reicht **nicht!**“

Als nicht ausreichend bewertet die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, die Ergebnisse des SPD-Sonderparteitags zur Verabschiedung der „Agenda 2010“: Einerseits habe die SPD Schritte in die richtige Richtung erkennen

lassen. Andererseits würden die von Bundeskanzler Gerhard Schröder vorgeschlagenen Maßnahmen nicht weit genug gehen, um die Probleme in Deutschland zu bewältigen.

Nach einer Sitzung des Präsidiums *Fortsetzung S. 3*

INHALT

CDU-THÜRINGEN:
Weichen gestellt
SEITE 9

WAHLEN IN BREMEN:
Große Koalition
bestätigt
SEITE 11-12

DOKUMENTATION
Die Wahl zur Bremer
Bürgerschaft

Rot-Grün **verwaltet** die Arbeitslosigkeit

Zu den neuesten Arbeitslosenzahlen erklärt CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer:

Noch immer sind mehr als 4,3 Mio. Menschen ohne Arbeit. Besonders gravierend: Die Chancen für Jugendliche haben sich weiter verdüstert. Die Lage am Ausbildungsmarkt hat sich weiter verschlechtert. Bis September werden voraussichtlich 70.000 Lehrstellen fehlen. Milliardenschwere Programme wie Jump oder Hartz sind nutzlos verpufft. Rot-Grün beraubt eine ganze Generation ihrer Chancen.

Die SPD diskutiert über die Agenda 2010, während Deutschland weiter unter der Last der Arbeitslosigkeit stöhnt. Statt neue Jobs zu schaffen, verwaltet Rot-Grün die Arbeitslosigkeit. Derweil muss Schröder seine ganze Kraft darauf verwenden, die eigene Partei zusammenzuhalten. Folge: Der Kanzlerregiert nicht, ein Jahr streicht ins Land, ohne dass irgendetwas passiert. Schröder kämpft mit seinen Genossen



– Deutschland kämpft mit der Arbeitslosigkeit.

Noch nie hat eine Regierung die Menschen in Deutschland derart verunsichert. Superminister Clement ist längst zum An kündigungsminister geworden, Finanzminister Eichel wird gar nicht mehr gefragt. Und das Chaos geht munter weiter: Die Drohung von Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer hängt wie ein Damoklesschwert über dem Land. Täglich kommen weitere Horror-Forderungen von Rot-Grün dazu. Doch jede neue Steuer-Meldung führt nur dazu: Bürger und Unternehmen werden immer weiter verunsichert, der Konsum stockt, das „Angst-Sparen“ greift immer weiter um sich – und all das

kostet immer mehr Arbeitsplätze. Ich fordere den Bundeskanzler auf: Er muss seine Minister und die SPD-Ministerpräsidenten jetzt zur Ordnung rufen. Schröder muss dafür sorgen, dass jede Diskussion über Steuererhöhungen ab sofort unterbleibt. Denn wem sollen die Menschen noch glauben, wenn täglich über eine neue Steuererhöhung debattiert wird?

Die Bürger werden die notwendigen Reformen nur dann mitmachen, wenn sie endlich wieder Licht am Ende des Tunnels sehen. Aber das wird mit Rot-Grün nicht geschehen. Was wir jetzt brauchen, sind Reformen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme. Reformen, die den Menschen wieder mehr Geld in die Hand geben und den Binnenkonsum ankurbeln. Das sind Reformen, die den Staat nichts kosten, aber den unerträglichen Stillstand in diesem Land endlich beenden. Deutschland muss wieder nach vorne schauen – der Kanzler muß jetzt handeln.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111333. Vertrieb: Tel. 02226-802-123, e-mail: oliver.nurmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Fortsetzung von Seite 1

der CDU Deutschlands bescheinigte Angela Merkel der SPD, dass sie „Trippelschritte in die richtige Richtung“ gemacht habe. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands ließ erkennen, dass es gemeinsame Positionen vor allem bei den geplanten Kürzungen im Rentensystem und bei Arbeitslosengeld und -hilfe gebe. Kritik äußerte Angela Merkel an dem Plan, das Krankengeld nur noch vom Arbeitnehmer finanzieren zu lassen. Die Vorhaben der Regierung beim Kündigungsschutz wies sie als unzureichend zurück.

Kein Gesamtkonzept

Kritik übte Angela Merkel an der Tatsache, dass kein schlüssiges Gesamtkonzept zu erkennen sei. Der ebenfalls auf dem SPD-Parteitag beschlossene Perspektivantrag „Wege zu neuem Fortschritt“ zeige, dass die SPD eben nicht in der Realität angekommen sei – wie von manchen Kommentatoren behauptet – sondern zu großen Teilen noch in der Vergangenheit verhaftet ist. Der Antrag müsse als ein Zugeständnis an die immer noch ideologiebehaftete Linke innerhalb der SPD gewertet

werden. Der Antrag, der einen Arbeitsauftrag an die Kommission „Innovation und Nachhaltigkeit, Wachstum und Arbeit“ etwa zu den Themen Erbschaft- und Vermögenssteuer sowie Ausbildungsplatzab-

gabe vorsieht, sei Gift für Deutschland, kritisierte die CDU-Vorsitzende. Das „Damoklesschwert Steuererhöhung“ sowie die Rentendiskussion würden weiterhin zur Verunsicherung der Menschen beitragen und Investoren abschrecken. Die rot-grüne Bundesregierung müsse hier endlich für Ruhe sorgen. Der Streit in der rot-grünen Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen zeige aber, dass Rot-Grün insgesamt nach wie vor in einer ausgesprochen schlechten Verfassung sei. Sie rechne vor dem Herbst nicht mehr mit Gesetzen: „Das ist schade, weil bereits viel Zeit vergangen ist.“

Die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe trage die Union im „Grundsatz“ mit, erklärte die Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und deutete eine Zustimmung in dieser Frage



bereits im Bundestag an. Dabei handele es sich nicht um Prinzipienfragen, sondern um Sachfragen, betonte Angela Merkel. Es komme jetzt auf das „Wie“ der Umsetzung an. Grundsätzlich einverstanden sei die CDU auch mit der Reform des Arbeitslosengeldes. Zur geplanten Kürzung des Zeitraums, in dem Anspruch auf ein Arbeitslosengeld besteht, legte Angela Merkel die Haltung der Union nicht fest. Hier müsse man sich erst den Gesetzentwurf und seine Details ansehen, bevor man Stellung nehmen könne. Im Gegensatz zur SPD fordere die Union einen Karenzmonat zu Beginn der Arbeitslosigkeit sowie die Einberechnung der Lebensarbeitszeit.

Erhebliche Differenzen sieht Angela Merkel beim Kündigungsschutz. Die in der Agenda 2010 beschlossene Änderung des Kündi-

gungsschutzes nannte Angela Merkel „absolut unzureichend.“ Hier habe die Union deutlich weitergehende Vorschläge. Sollte es bei den SPD-Vorschlägen bleiben, könne die Union nicht zustimmen. Die Agenda 2010 sieht lediglich eine Gesetzesänderung für Kleinbetriebe mit bis zu fünf Beschäftigten vor. Die Union will den Kündigungsschutz dagegen für Unternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten aufheben. Zudem sollen Existenzgründer ihren Mitarbeitern während der ersten vier Jahre keinen Kündigungsschutz bieten müssen. Diskussionsbedarf besteht auch in der Gesundheitspolitik.

Bei der Gesundheitsreform habe die SPD zwar mit dem Ziel, Krankenkassenbeiträge unter 13 Prozent zu senken, den richtigen Anspruch. Aber beim Weg dorthin sei die Union anderer Auffassung, erklärte Angela Merkel. Der Plan, das Krankengeld nur noch vom Arbeitnehmer finanzieren zu lassen, sei nicht zielführend. Während die Koalition das Krankengeld aus dem Leistungskatalog der Kassen ausgliedern will, plant die Union dies vor allem beim Zahnersatz. „Wir wollen höhere Selbstbeteiligung und die Herausnahme von Zahnbehandlungen aus den Leistungen“, sagte die CDU-Vorsitzende.

Angela Merkel kündigte an, die Union werde ihre Mehrheit im Bundesrat nutzen, um ihre Positionen beispielsweise beim Kündigungsschutz und beim Krankengeld einzubringen. Angela Merkel betonte: „Zeitlich verschleppen wir nichts.“ Sie kritisierte jedoch, dass immernoch keine Gesetzentwürfe vorliegen würden. „Maßnahmen wirken erst dann, wenn sie im Gesetzblatt stehen und rechtsgültig sind.“ Die Union selbst bedürfe nach dem SPD-Parteitag keiner Kurskorrektur. „Wir sind schon lange positioniert“, sagte Angela Merkel. Was Reformen angehe, stehe die Union in den Startlöchern.

LAURENZ MEYER ZUM SPD-SONDERPARTEITAG:

Die unsinnige sozialdemokratische Nabelschau hat zumindest vorläufig ein Ende. Die Regionalkonferenzen und der Sonderparteitag der SPD haben Deutschland völlig unnötig Zeit gekostet – und das einzig und allein deshalb, weil der Bundeskanzler zu wenig Autorität hat, um seine Ideen aus eigener Kraft durchsetzen zu können. Es ist beschämend genug, dass der Kanzler selbst die Mini-Reformen

der „Agenda 2010“ mit immer neuen Rücktrittsdrohungen verknüpfen muß. Dabei reicht das mutlose Projekt nicht annähernd aus, um die Probleme unseres Landes zu lösen. Nach Monaten des Debattierens muss Schröder jetzt endlich handeln. Seine Vorstellungen gehören schleunigst in den Bundestag. Es ist schlimm genug, dass Rot-Grün ein ganzes Jahr vertrödelt, bis die parteiinternen Querelen aus-

getragen sind. Dennoch: Wo die Vorstellungen der Regierung in die richtige Richtung gehen, wird sich die CDU nicht verweigern. Wirtschaftspolitischer Unfug, vor allem zusätzliche Bürokratie im Gesundheitswesen und neue Steuererhöhungen von Erbschaftsteuer bis Vermögensteuer, wie sie der SPD-Sonderparteitag offen gelassen hat, sind mit der Union jedoch nicht zu machen.

Von der Regierungserklärung bis zum Leitantrag – wie **Rhetorik** und Realität voneinander abweichen

„Das Programm steht, das wird Punkt für Punkt umgesetzt und zwar zu dem Zeitpunkt, der genannt worden ist – 1.1. des nächsten Jahres. Das ist das Vorhaben, und das werden wir realisieren.“

(Gerhard Schröder am 29. März 2003 im ARD-Morgenmagazin)

Eine genaue Textanalyse des Leitantrages des SPD-Parteivorstandes zum Sonderparteitag am 1. Juni mit dem Titel „Mut zur Veränderung“ in den Fassungen vom 19. Mai und 28. April untereinander und mit der Regierungserklärung Gerhard Schröders im Bundestags am 14. März zeigt, dass keine Rede davon sein kann, Schröders „Agenda 2010“ werde „Punkt für Punkt“ umgesetzt. Vielmehr musste der Kanzler der Parteilinken eine Reihe von Zugeständnissen machen.

Die nachfolgende Analyse der Stabsstelle Strategische Planung/Wahlkämpfe in der CDU-Bundesgeschäftsstelle gibt einen Überblick über die wichtigsten Punkte von Schröders Weg zurück nach links:

1. ENTWURF DES SPD-LEITANTRAGS „MUT ZUR VER- ÄNDERUNG“ VOM 28. APRIL 2003

Bereits in dem am 28. April im SPD-Parteivorstand beschlossene ersten Entwurf des Leitantrages mit dem Titel „Mut zur Veränderung“, der die von Gerhard Schröder am 14. März im Bundestag präsentierten Vorschläge seiner „Agenda 2010“ für den SPD-Sonderparteitag am 1. Juni zusammenfasst, fehlten wichtige Elemente:

■ **Selbstbehalte in der Kranken- versicherung:**

„Wir brauchen, glaube ich, auch ein neues Nachdenken – das will ich hier sehr deutlich sagen – über die öffentliche Debatte über Zuzahlungen und Selbstbehalte. [...] Gerade weil Eigenverantwortung gestärkt werden muss, sollten wir – ich komme jetzt zu den Instrumenten – Instrumente wie differenzierte Praxisgebühren und Selbstbehalte nutzen.“

■ **Gesetzliche Regelung von betrieblichen**

Bündnissen für Arbeit

„Die Verantwortlichen – Gesetzgeber wie Tarifpartner – müssen in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation und der Arbeitsmarktlage ihre Gestaltungsspielräume nutzen, um Neueinstellungen zu erleichtern. Dazu ist es unabdingbar, dass in den Tarifverträgen Optionen geschaffen werden, die den Betriebspartnern Spielräume bieten, Beschäftigung zu fördern und zu sichern. [...] Ich erwarte also, dass sich die Tarifparteien entlang dessen, was es bereits gibt -, aber in weit größerem Umfang -, auf betriebliche Bündnisse einigen, wie das in vielen Branchen bereits der Fall ist. Geschieht das nicht, wird der Gesetzgeber zu handeln haben.“

■ **Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe**

„Das ist der Grund, warum wir die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenlegen werden, und zwar einheitlich auf einer Höhe, die in

der Regel dem Niveau der Sozialhilfe entspricht.“

■ **Reform der gesetzlichen Krankenversicherung**

„Klar gesagt: so viele Krankenkassen werden es nicht bleiben können. Wir werden hier auf die Schaffung überschaubarer und leistungsfähiger Strukturen dringen.“

■ **Nullrunde für die Bundesregierung**

„Deshalb wird es auch für die Gehälter der **Bundesminister** und der Staatssekretäre eine erneute Nullrunde geben.“

2. ENDFASSUNG DES SPD-LEITAN- TRAGES „MUT ZUR VERÄNDERUNG“ VOM 19. MAI 2003

In der Endfassung des Leitantes, der am 19. Mai vom SPD-Parteivorstand beschlossen worden ist, wurde die „Agenda 2010“ durch Zugeständnisse an die Parteilinken weiter aufgeweicht:

■ Eingefügt wurde eine konkrete Regelung für eine **Ausbildungsabgabe** (Zweistufenmodell) ab dem 30.09.2003.

■ „Sollte es bis zum 30.09.2003 keine ausgeglichene Ausbildungsplatzsitua-

tion geben, muss die Wirtschaft verbindlich erklären, dass sie einen Fonds zur Finanzierung der fehlenden Ausbildungsplätze einrichtet und nachprüfbar jedem Ausbildungsplatzsuchenden, der bis zum 30.09.2003 nicht in einen Ausbildungsplatz vermittelt ist, bis zum Ende des Jahres einen Ausbildungsplatz anbietet. Sollte die Wirtschaft nicht einer freiwilligen und verbindlichen Regelung zustimmen, werden wir zeitgleich zu einer **gesetzlichen Regelung** kommen und die Schaffung des o.g. Fonds gesetzlich festlegen.“ (S. 20)

■ Es gilt zunächst nicht mehr, dass **Arbeitslosen- und Sozialhilfe** auf dem Niveau der Sozialhilfe zusammengeführt werden sollen: „Wir werden den Übergang vom Arbeitslosengeld in die neue bedarfsorientierte Leistung durch ein Stufenmodell in Form eines degressiven, **zweijährigen Leistungszuschlags** abfedern.“ (S. 23 f.)

■ Gegen den Widerstand von Wolfgang Clement soll die **Gewerbsteuer auf Freiberufler, Landwirte etc. ausgeweitet werden:**

■ „Auf der Einnahmeseite werden wir insbesondere die Gewerbesteuer moder-

nisieren. Diese bewährte, wirtschaftsbezogene Kommunalsteuer, als wichtiges Bindeglied zwischen Wirtschaft und Gemeinden, wollen wir weiterentwickeln, in dem wir die Bemessungsgrundlage verbreitern und den Kreis der Steuerpflichtigen **auf alle wirtschaftlich Tätigen** ausweiten.“ (S. 15)

■ Es wurde ein Kapitel zu **strukturschwachen Regionen** eingefügt, in dem unter anderem ein **Beschäftigungsprogramm für Langzeit- und ältere Arbeitslose** angekündigt wird: „Wir werden durch ein besonderes Programm dafür sorgen, dass Beschäftigungsträger und Kommunen in strukturschwachen Regionen die Möglichkeit erhalten, insbesondere Langzeitarbeitslosen und älteren Arbeitslosen konkrete und gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsangebote zu unterbreiten, um ihnen die Chance zu geben, ihre Fähigkeiten für die Gesellschaft einzusetzen.“ (S. 17)

■ Die in der Erstfassung enthaltene moderne marktwirtschaftliche Neuausrichtung des sozialdemokratischen **Gerechtigkeitsbegriff** wurde durch traditionelle **verteilungspolitische Formulierungen** ersetzt:

„Gerecht ist heute, was neue Chancen und neue ökonomische Dynamik ermöglicht. [...] Gerechtigkeit ergibt sich nicht aus den Verteilungsmechanismen des Marktes, sondern bedarf der bewussten demokratischen Entscheidung der Gesellschaft.“ (S. 8)

■ Schröder hatte Überlegungen der „Rürup-Kommission“, das **gesetzliche Rentenalter anzuheben**, als „erwägenswert“ bezeichnet hatte (*Bild-Zeitung*, 29.04.2003). Auch in diesem Punkt konnte er sich nicht durchsetzen. Der Leitantrag plädiert lediglich für eine Anhebung des tatsächlichen Eintrittsalters:

„Deshalb ist es unabdingbar, das tatsächliche durchschnittliche Eintrittsalter in eine Altersrente von heute 62,5 Jahren anzuheben und der im Gesetz vorgesehenen Regelaltersgrenze deutlich anzunähern.“ (S. 28)

3. „PERSPEKTIVANTRAG“ „WEGE ZU EINEM NEUEN FORTSCHRITT“ VOM 19. MAI 2003

Als Ergänzung des Leit-antrages beschloss der SPD-Parteivorstand am 19. Mai einen Perspektivantrag“ mit dem Titel „Wege zu einem

neuen Fortschritt“. Mit diesem soll eine SPD-interne Arbeitsgruppe beauftragt werden, bis zum Bundesparteitag Mitte November Vorschläge zu den aufgelisteten Punkten auszuarbeiten.

Auch der „Perspektivantrag“ enthält eine Reihe von Punkten, die den wenigen positiven **Reform-Signalen der Agenda entgegenstehen** und diese damit **neutralisiert**:

■ Erhöhung der Erbschaftsteuer:

„Große Privatvermögen sind im Erbfall auch künftig für die Finanzierung von Aufgaben im Sinne des Gemeinwohls heranzuziehen.“ (Seite 5)

■ Einführung einer Kapitalertragsteuer:

„Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, zur Finanzierung der Staatsaufgaben sämtliche Einkünfte heranzuziehen. Dazu gehören auch Kapitalerträge, die in der Vergangenheit und auch heute noch nicht vollständig besteuert werden.“ (Seite 5)

■ Umgestaltung der Sozialversicherungen zu einer allgemeinen Bürgerversicherung:

„Die von der Bundesregierung einberufene Kommission für die Nachhaltigkeit

in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme erarbeitet gegenwärtig Vorschläge. Dazu gehört auch die Frage, wie die **Finanzierung insbesondere von Renten- und Pflegeversicherung langfristig gesichert werden kann**, in welchem Maß das über Steuern und Beiträge erfolgen soll und welche **Personengruppen in die sozialen Versicherungssysteme einzubeziehen sind**.“ (Seite 5 f.)

4. FAZIT

Die Sprecherin der SPD-Linken, Andrea Nahles, und DGB-Chef Michael Sommer stellen denn auch nunmehr fest:

„Das ist ein Beschluss, der eine gute Grundlage ist, dass wir uns am 1. Juni einigen.“ **Andrea Nahles** (ARD, 19.05.2003)

„Wenn ich Schröders Regierungserklärung mit dem Leitantrag zum SPD-Parteitag vergleiche, dann muss ich den vielen, vielen Menschen danken, die uns in den vergangenen Tagen und Wochen unterstützt haben. Wir haben etwas erreicht. Die größten Klöße sind weg.“ **Michael Sommer** (*Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 26.05.2003)

„Enge und **gute Beziehungen** zur katholischen Kirche sind für uns sehr wichtig“

Die CDU Deutschlands war, ist und bleibt der Anwalt christlicher Werte in der öffentlichen Diskussion. Dies versicherte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, Papst Johannes Paul II. bei ihrer Audienz im Vatikan.

„Es war für mich ein sehr bewegendes Erlebnis, mit dem Heiligen Vater zu sprechen“, sagte die Partei- und Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach dem 30 minütigen Treffen mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche. „Für die Partei und ihre 600.000 Mitglieder war dies ein ganz bedeutender Termin. Enge und gute Beziehungen zur katholischen Kirche sind für uns sehr wichtig“. Die CDU-Vorsitzende versicherte Papst Johannes Paul II., dass sich die CDU Deutschlands für die Aufnahme eines Gottesbezugs und einer Definition der Rolle der Kirchen in der zukünftigen europäischen Verfassung einsetzen werde. Ihr Gespräch habe sie in der Überzeugung bestärkt, dass die Europäer nicht auf die christliche Rückbindung ihrer Identität verzichten sollten,

ohne dabei „andere Religionen in irgendeiner Weise zu benachteiligen“, erklärte Angela Merkel.

Bei der Begegnung mit dem Papst kam auch das Thema Irak zur Sprache. Man sei sich einig gewesen, dass ein Krieg nur als letzter Ausweg zulässig sei. Angela Merkel sprach sich zudem dafür aus, der christlichen Minderheit im Irak eine sichere Existenz zu verschaffen. Während ihres eintägigen Rom-Besuchs traf die Partei- und Fraktionsvorsitzende auch mit Kardinalstaatssekretär Angelo Sodano, dem Präfekten der Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, sowie mit Kardinal Walter Kasper, dem Präsidenten des Päpstlichen Rats zur Förderung der Einheit der Christen, zusammen. Zuvor hatte eine Begegnung mit Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi stattgefunden. Nach der Audienz beim Papst begab sich die CDU-Vorsitzende zum Präsidenten der Abgeordnetenkammer, Pier Ferdi-



Foto: AP

nando Casini. Ein Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, dessen Partei „Forza Italia“, ebenso wie die CDU, der Europäischen Volkspartei angehört, rundeten den Aufenthalt ab.

Bei ihrem Besuch in der italienischen Hauptstadt wurde Angela Merkel von der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands Annette Schavan, der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Böhmer, dem Beauftragten für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues, und dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, begleitet.

Weichen für die Zukunft gestellt

Nach elf Jahren an der Regierungsspitze in Thüringen hat Ministerpräsident Bernhard Vogel auf eigenen Wunsch sein Amt an Dieter Althaus übergeben.

Die Übergabe des Staffeltabes hatte Bernhard Vogel bereits zwei Wochen zuvor auf einem Landesparteitag angekündigt. In Gera hatte Bernhard Vogel eine eindrucksvolle Bilanz seines Wirkens als Landesvater gezogen und Partei und Fraktion Dieter Althaus als seinen Nachfolger empfohlen. „Ich bin 1992 gekommen, weil Sie mich gerufen haben. Ich wollte helfen“, sagte ein bewegter Landesvater. „Jetzt ist in der Thüringer CDU eine Mannschaft herangewachsen, die es selber kann.“ Er selbst sei munter und frisch und würde sich zutrauen, bei den Landtagswahlen 2004 noch einmal anzutreten. Es gebe nur einen Grund, jetzt das Amt zu übergeben: „Vier Fünftel der Wahlperiode sind vorbei. Das Land muss rechtzeitig vor der Wahl erfahren, dass mein Nachfolger es kann.“ Er sei stolz auf Thüringen, rief er den sichtlich bewegten Delegierten zu, worauf diese sich von den Plätzen erhoben und ihm lange und überaus herzlichen Beifall spendeten.

Bernhard Vogel gilt längst als ein Ministerpräsident der Rekorde: Er ist der Regierungschef mit der längsten Amtszeit in der deutschen Geschichte und der einzige, der in zwei Bundesländern regierte

– erst in Rheinland-Pfalz und dann in Thüringen. Zu den Rekorden gehören auch sieben siegreiche Landtagswahlen. Vier Mal war er in Rheinland-Pfalz zum Ministerpräsidenten gewählt worden, drei Mal in Thüringen. Und wenn er sein Amt nicht vorher an Althaus abgegeben hätte, wäre er zum dritten Mal Bundesratspräsident geworden, was wohl ebenfalls einen Rekord dargestellt hätte. Er werde der Politik weiterhin erhalten bleiben, kündigte Bernhard Vogel an: als Landtagsabgeordneter, als Mitglied des Bundesvorstands der CDU Deutschlands und als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Angela Merkel erklärte zu der Entscheidung Bernhard Vogels: „Die Verantwortung für das Land Thüringen vor Ablauf der Legislaturperiode in die Hände eines Jüngeren zu legen und damit den Generationswechsel zu erleichtern, verdient Respekt und



Foto: dpa

Anerkennung.“ Vogel habe mit großem persönlichem Einsatz und mit seiner enormen politischen Erfahrung Thüringen zu einem selbstbewussten Freistaat gemacht.

Bei der Wahl im Thüringer Landtag zum neuen Ministerpräsidenten stimmten 47 der insgesamt 83 anwesenden Abgeordneten für Dieter Althaus. Gegen ihn votierten 34 Parlamentarier, 2 enthielten sich der Stimme. Nach seiner Wahl kündigte der neue Ministerpräsident an, die Politik Bernhard Vogels fortzusetzen und weiter zu entwickeln. Angela Merkel wünschte dem neuen Ministerpräsidenten alles Gute und viel Erfolg. Sie sei sich sicher, dass er an die großartigen Leistungen seines Vorgängers anknüpfen und Thüringen weiter in eine gute Zukunft führen werde. Er kenne das Land und die Menschen. Durch seine bisherige politische Tätigkeit habe sich Althaus für diese große Herausforderung empfohlen.

InternetNight heisst jetzt **MediaNight**

Findet auch in diesem Jahr wie gewohnt eine Internet-Night statt? Ja und Nein, denn die InternetNight heißt jetzt MediaNight. Ansonsten bleibt aber alles so wie sie war: spannend, bunt und interessant.

Trotz der Namensänderung knüpft die CDU Deutschlands an die Tradition der beiden letzten Jahre an, Die bewährte Mischung aus Information, Unterhaltung und Party bleibt erhalten. Durch das neue Veranstaltungskonzept konnte das inhaltliche Spektrum der Workshops erweitert werden. So finden sich neben



den Workshops rund um das Thema „Internet“ weitere Angebote zur Werbekrise und deren Auswirkung auf die nationale Medienlandschaft sowie zur Musikwirtschaft mit den spezifischen Themen dieser Branche.

Von Seiten der CDU sind die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, der CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer sowie – als Moderatoren in den

Workshops – die Bundestagsabgeordneten Bernd Neumann (Medienpolitik), Martina Krogmann (Neue Medien) sowie Steffen Kampeter (Musik) dabei. Für zwei weitere Workshops konnten der Internetsprecher der CDU Deutschlands, Thomas Heilmann, und der Sprecher „Neue Technologien“ der Landtagsfraktion in NRW, Michael Brinkmeier, gewonnen werden. Ein Ausblick in die Zukunft von Georg Kofler (Vorsitzender der Geschäftsführung, Premiere Fernsehen GmbH), gute Gespräche, neue und alte Kontakte sowie Anregungen und Impulse runden das informative Workshopangebot ab. Musikalisch umrahmt wird der Abend von der Pop-Sängerin Curly („Anywhere at all“) und der Nr. 1 in den deutschen Single-Charts, Yvonne Catterfeld („Für Dich“).

Arne Delfs verstärkt Pressestelle des Konrad-Adenauer-Hauses

Seit dem ersten Juni hat der Pressesprecher der CDU Deutschlands, Claus Zemke, einen Stellvertreter. Generalsekretär Laurenz Meyer: „Mit Arne Delfs ist es gelungen, einen mit den Pressegefligkeiten der Hauptstadt bestens vertrauten Journalisten zu gewinnen.“ Der promovierte Amerikaner arbeitete zuvor im gemeinsamen Parlamentsbüro der WELT und der Berliner Morgenpost. Das journalistische Handwerk erlernte der 37-Jährige in der



Axel Springer Journalisten Schule. Während seines Volontariats durchlief er die Redaktionen der HÖRZU in Hamburg, der BILD-Zeitung in Berlin und des Springer-Auslandsdienstes in New York. Zuvor arbeitete Arne Delfs bei den US-Zeitungen „Washington Times“ und „Trenton Times“ sowie beim politischen Wochenmagazin „The Nation“ in New York.

[http://](http://www.medianight.cdu.de)

Umfangreiche Informationen zu dieser Veranstaltung finden Sie auf www.medianight.cdu.de

Große Koalition **bestätigt**

Entgegen dem Abwärtstrend der Bundes-SPD von Kanzler Gerhard Schröder gelang es der Bremer SPD, die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft mit nur minimalen Verlusten zu gewinnen.

Anders als bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen, bei denen die SPD im Februar erhebliche Verluste hinnehmen musste und die CDU stark zulegen konnte, gelang es dem Bremer SPD-Spitzenkandidaten Scherf, sich vom Bundeswahlzug abzusetzen. Bei einer Bundestagswahl im Mai hätte die SPD bundesweit lediglich 26 % Zustimmung erhalten. Aus diesem Grund hatte die Bremer SPD in ihrem Wahlkampf fast vollständig auf Auftritte der SPD-Bundesprominenz, besonders Kanzler Schröder, verzichtet. Sie setzte ausschließlich auf die hohe Popularität von Regierungschef Scherf, eine klare Koalitionsaussage zugunsten der CDU sowie eine Betonung regionaler Politikthemen.

Parteiübergreifend wurde das Wahlergebnis als eine Persönlichkeitswahl für Scherf gewertet, der sich über Parteigrenzen hinweg auf eine breite Zustimmung stützen kann und sein politi-

sches Schicksal mit dem Wahlausgang verbunden hatte. Der Sieg der SPD sei ganz klar ein Auftrag für das Projekt, für das er seit 8 Jahren eintrete, sagte Bürgermeister Henning Scherf. „Das ist ein Ergebnis für die große Koalition“. Auch der zweite Bürgermeister und CDU-Spitzenkandidat Hartmut Perschau sprach von einem klaren Wählervotum für die Fortsetzung der großen Koalition. Die Verluste der CDU von sieben Prozentpunkten führte er auf die Wählerwanderung von der CDU zur SPD zurück, dessen Ursache in der Angst der Wähler vor Rot-Grün liege. Die Wähler hätten sich nicht für die SPD entschieden sondern für Scherf, den sie als Garanten für eine Stabilisierung der großen Koalition gesehen hätten. Der CDU-Landesvorsitzende Bernd Neumann zeigte sich von dem Wahlergebnis enttäuscht und sprach von einem „Bluttransfer für Herrn Scherf“, den die CDU geleistet habe. Nachdem in den Meinungsumfragen ein Kopf an Kopf-Rennen von CDU und SPD prognostiziert worden sei, habe Bürgermeister Scherf verkündet, dass er nicht mehr zur Verfügung stehen werde, wenn die

CDU stärkste Partei werden sollte. Daher hätten sich viele Wählerinnen und Wähler, die eigentlich die CDU unterstützen wollten, für Scherf ausgesprochen, um eine große Koalition zu ermöglichen. „Wir haben nicht auf Platz gesetzt, sondern auf Sieg“, so Bernd Neumann. Wahlforscher bestätigen diese Einschätzung: Hätte die CDU gewonnen, hätte sich die CDU in der Opposition wieder gefunden. Die SPD als Juniorpartner in einer Großen Koalition wäre für Henning Scherf innerparteilich nicht durchsetzbar gewesen. Eine rot-grüne Regierung hätte die Macht im Rathaus übernommen.

Nach Ansicht des Mainzer Wahlforschers Jürgen Falter hätten viele CDU-Sympathisanten für die SPD gestimmt, um Rot-Grün zu verhindern. Der Duisburger Wahlforscher Karl-Rudolf Korte führt die Verluste der CDU auf den Strategienachteil eines kleineren Koalitionspartners zurück. Die CDU habe sich in einer Konsensfrage befunden und habe sich auf Grund der angestrebten Fortführung der Koalition unter Scherf nicht profilieren können. Diese Einschätzungen werden durch eine Analyse der For-

schungsgruppe Wahlen gestützt. In einer Umfrage stellte die Forschungsgruppe Wahlen fest:

- der CDU wird bei den Themen Arbeitsplätze, Wirtschaft und Finanzen eine höhere Kompetenz als der SPD eingeräumt. Aufgrund der Konstellation der wahlentscheidenden Faktoren hatten die höheren Kompetenzwerte keinen Einfluss auf die Stimmabgabe,

- 59 % der Wähler wünschten die Fortsetzung der Großen Koalition,

- Für die klare Mehrheit von 71 % bilden Henning Scherf

und Hartmut Perschau ein gutes Regierungsteam,

- Für 65 Prozent der Bremer Wähler war die Politik für Bremen wichtiger als die Bundespolitik.

Die SPD kam bei den Bürgerschaftswahlen bei minimalen Einbußen auf 42,3 Prozent, während die seit 8 Jahren in der großen Koalition mitregierende CDU von 37,1 Prozent auf 29,9 verlor. Die Grünen legten von 8,9 auf 12,8 Prozent zu. Die FDP steigerte sich landesweit von 2,5 auf nur 4,2 Prozent, stellt aber dennoch erstmals seit Jahren

wieder einen Abgeordneten in der Bürgerschaft, weil sie im Bremerhaven mit 5,6 Prozent die Fünf-Prozent-Hürde übersprang. Wegen der bei Bürgerschaftswahlen in der Stadt Bremen und Bremerhaven getrennt geltenden Sperrklauseln zieht auch die DVU erneut mit einem Vertreter in den Landtag ein. Sie kam in ganz Bremen nur auf 2,3 Prozent, in Bremerhaven aber auf 7,1 Prozent. Keinen Bürgerschaftsabgeordneten entsendet die Partei des Hamburger Innensenators Ronald Schill.

LAURENZ MEYER:

Votum gegen Rot-Grün

Das Wahlergebnis von Bremen ist ein klarer Erfolg für Henning Scherf. Gratulation an den Wahlsieger. Seine Strategie „Die Große Koalition und einen Bürgermeister Scherf gibt es nur, wenn die SPD vorn bleibt“, ist aufgegangen.

Ganz offensichtlich wollten die Bremer eine Fortsetzung der Großen Koalition mit Henning Scherf und Hartmut Perschau, und unter dem Eindruck der letzten Kopf-an-Kopf-Umfragewerte sind viele Wähler

von der CDU zur SPD hinübergeschwenkt – aus Sicht der Union zu viele.

Das Bremer Ergebnis zeigt aber auch: Rot-Grün schreckt die Wähler im Bund und in den Ländern ab. Henning Scherf hat Bremen zur Schröderfreien Zone erklärt und sich jegliche Einmischung des Kanzlers und seiner Berliner Chaos-Truppe in den Wahlkampf verboten. Das zeigt: Nur gegen Schröder kann die SPD derzeit Wahlen gewinnen. Alle SPD-Landesverbände wer-

den das Ergebnis von Bremen als Rat verstehen, sich möglichst weit von Berlin abzusetzen, wenn sie Erfolg haben wollen. Ministerpräsident Steinbrück in Nordrhein-Westfalen verhält sich offensichtlich bereits so.

Die erfolgreiche Große Koalition in Bremen hat jetzt eine breite Mehrheit in der Bürgerschaft. Vor der Wahl haben beide Parteien klar gesagt, dass sie die Koalition fortsetzen wollen. Was vor der Wahl gilt, wird auch nach der Wahl gelten.

Für eine demokratischere Europäische Union

Der Internationale Karlspreis der Stadt Aachen wurde in diesem Jahr an den vormaligen Präsidenten der Französischen Republik und amtierenden Vorsitzenden des Europäischen Konvents, Valéry Giscard d'Estaing, verliehen.

Wie auch in den Jahren zuvor nahmen der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedbert Pflüger und der CDU-Europaabgeordnete Armin Laschet diese besondere Preisverleihung zum Anlass eine Festschrift zum Karlspreis herauszugeben. Mit dem diesjährigen Band richten sie den Blick auf das Land des jeweiligen Preisträgers, auf die bilateralen Beziehungen sowie auf die europäischen Impulse, die mit ihm verbunden sind. In dem Buch „Frankreich in Europa“ (ISBN 3-924182-56-6) kommen Kenner und Gestalter der europäischen Politik zu Wort, darunter die CDU-Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel, EU-Kommissar und Konventsmitglied Michel Barnier und der Leiter der EVP-Konventsgruppe Elmar Brok. Sie entwickeln europäische Perspektiven und analysieren die Rolle Deutschlands



Wolfgang Schäuble, Friedbert Pflüger, Alain Lamassoure, Armin Laschet und Janusz Reiter (v. l. n. r.)

und Frankreichs als Motor der Europäischen Einigung.

Die Präsentation des Buches „Frankreich in Europa“ erfolgte während eines Podiumsgesprächs zur Zukunft Europas unter dem Dach der Konrad-Adenauer-Stiftung. Moderiert von Armin Laschet diskutierten der frühere Botschafter Polens, Janusz Reiter, das französische Mitglied des Europäischen Konvents, Alain Lamassoure, und der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble über den besonderen Beitrag Polens, Frankreichs und Deutschlands zur zukünftigen Entwicklung der EU. Konsens herrschte, dass die EU sich nicht gegen die USA definieren dürfe, sondern den starken und selbstbewussten Pfeiler der Atlantischen Brücke aufbauen müsse. Institutionell komme es darauf an, die EU demokratischer und transparenter zu gestalten,

was insbesondere durch die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission durch das Europäische Parlament erreicht werde. Lamassoure und Schäuble, die für die EVP die Grundzüge einer Verfassung erarbeitet haben, zeigten sich zufrieden über die erreichten Fortschritte für die verbleibenden Arbeiten des Konvents, mahnten aber weitere Schritte an.

Friedbert Pflüger kritisierte in seinem Schlusswort, dass die rot-grüne Regierung mit ihrer Personaldiskussion über den europäischen Außenminister ein Amt beanspruche, welches es noch gar nicht gebe. Dies bestätige die kleineren Mitgliedsstaaten in ihrer Skepsis, die großen Länder würden stets über die Köpfe der anderen hinweg versuchen, Fakten zu schaffen. Ein Europa von 25 Mitgliedsstaaten erfordere aber ein gutes Miteinander von kleinen und großen Ländern.

Die geistigen Kräfte des Christentums sind unverzichtbar

„Ihr sollt ein Segen sein!“ – so lautete das ermutigende Motto des 1. Ökumenischen Kirchentages, der Christen der unterschiedlichsten Konfessionen zusammengeführt hat. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU nahm dies zum Anlass, noch einmal ganz besonders auf die ökumenische Bedeutung der Union generell und seinen eigenen, spezifischen Beitrag diesbezüglich hinzuweisen.

Am 30. Mai lud er zum Vortrag des Altbundeskanzlers Helmut Kohl zum Thema „Union und Ökumene“ in die Urania sowie am Abend zum Kirchentagsempfang mit der Parteivorsitzenden Angela Merkel und vielen Ehrengästen aus Kirche und Politik ins Konrad-Adenauer-Haus ein. Jochen Borchert, der Bundesvorsitzende des EAK, empfing Helmut Kohl unter großem Beifall der Anwesenden. In der Union, so Borchert in seinen einleitenden Worten, würden wir im politischen Alltagsgeschäft immer wieder erleben, wie wichtig es in einer zuneh-

mend unübersichtlich werdenden Welt sei, dass Christen sich – trotz all ihrer Verschiedenheiten – ihres gemeinsamen Auftrages für diese Welt bewusst seien. Dies sei im wahrsten Sinne des Wortes ein „Segen“ für unser Land. Ein „Segen“ sei es aber auch, dass wir in den zurückliegenden Jahrzehnten lernen durften, dass in sehr vielen gesellschaftspolitischen und ethischen Fragen konfessionsübergreifende christdemokratische Politik in „versöhnter Verschiedenheit“ möglich geworden sei. Ökumenische Verständigung sei schließlich nicht nur allein die Angelegenheit der rein kirchlichen Ebenen, also der Dialog der Kirchen untereinander, sondern bezeichne auch die Verständigung der Christen untereinander bei der wichtigen und großen Aufgabe der politischen Gestaltung auf der Basis des christlichen Glaubens, seiner Werte und seines Menschenbildes. Das Thema „Union und Ökumene“ dränge sich also förmlich von selbst auf.

In seiner etwa einstündigen Rede, die mitreißend-

lebendig und teilweise sogar von Humor und viel Fröhlichkeit getragen war, spannte der Altbundeskanzler noch einmal einen weiten thematischen Bogen zwischen unserer heutigen gesellschaftlichen Situation und der Wirklichkeit des Jahres 1945. Er erinnerte zunächst an den richtungsweisenden Gründungsaufbruch der Berliner CDU vom 26. Juni 1945, in dem die „kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums“ in programmatischer Weise als unverzichtbar für den Neuanfang und die Zukunft Deutschlands in Freiheit und Demokratie benannt wurden. In einem großen geschichtlichen Überblick, angereichert durch die vielfältigen Erfahrungen persönlicher Zeitgenossenschaft, beschrieb Kohl den Weg aus den Trümmern hin zur gefestigten Bundesrepublik. Durch die beeindruckende Integrationskraft der Union sei es gelungen, die sich bis dato starr voneinander abgrenzenden konfessionellen Milieus innerparteilich zu einem Großteil aufzuwei-

chen und so manche Fronten zwischen den Christen auf dem gemeinsamen Weg der politischen Gestaltungsverantwortung zu überwinden.

Christdemokratische Politik

In der anschließenden Diskussion wurden viele bewegende Themen gestreift, so z.B. die bleibende Notwendigkeit der verlässlichen Wertebindung, damit zusammenhängende Fragen der Bildungspolitik, der künftigen gesamtgesellschaftlichen Reformprozesse und des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Der Altbundeskanzler verstand es virtuos, die wesentlichen Grundanliegen und Zielperspektiven christdemokratischer Politik als weiterhin richtungweisend und zukunftsorientierend zu vermitteln. Auf der Basis der christlichen Werte und des christlichen Menschenbildes werde Deutschland auch weiterhin eine Zukunft haben und es bestehe keine Veranlassung dazu, nun in ein hoffnungsloses gesamtgesellschaftliches Lamento zu verfallen. Die weitere ökumenische Verständigung zwischen den verschiedenen christlichen Bekenntnissen, aber auch der



gesamte Beitrag der Kirchen, die allerdings bei ihrem eigentlichen Auftrag bleiben müssten, sei hierzu jedoch ebenfalls vonnöten.

Am Abend eröffnete die Parteivorsitzende Angela Merkel die Reihe der prominenten Redner beim 2. Empfang des EAK anlässlich eines Kirchentages im gut besuchten Foyer der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Auch sie unterstrich die bleibende Bedeutung der christlichen Wertvorstellungen für die Union. Sie nahm dabei das Motto des Kirchentages zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass das politische Alltagsgeschäft aus der Sicht vieler Bürger ja bisweilen auch als das Gegenteil von Segen er scheine. Deshalb sei die Union gerade hier immer wieder aufgerufen, glaubwürdige Akzente zu setzen.

Dem Evangelischen Arbeitskreis dankte sie für seinen erfolgreichen und unverzichtbaren Beitrag hierzu. Der EAK sei in seiner Geschichte zwar nicht selten auch in seiner mahnenden und unbequemen Funktion in Erscheinung getreten, und zwar gleichermaßen parteiintern wie -extern, gerade hier liege aber seine große Bedeutung für die Partei. Kardinal Sterzinsky unterstrich die integrative und ökumenische Bedeutung des EAK und der Ratsvorsitzende der EKD, Manfred Kock, wünschte ihm und dem scheidenden EAK-Bundesvorsitzenden, Jochen Borchert, – vor dem Hintergrund jahrelanger, gedeihlicher Verbindung – auch weiterhin viel Erfolg und Segen. Der neu gewählte Berliner CDU-Landesvorsitzende, Joachim Zeller, und der katholische Präsident des ersten Ökumenischen Kirchentages, Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, schlossen die Rednerliste. Das Zusatzprogramm des Evangelischen Arbeitskreises zum ersten Ökumenischen Kirchentag in Berlin war ein voller Erfolg und der enorme zahlenmäßige Zuspruch der Besucher zeigte augenfällig, wie „segensreich“ er für die Partei ist! **UID**

17. Juni 1953

Ein Aufstand für die Freiheit

Am 17. Juni vor 50 Jahren erhoben sich die Menschen in der Sowjetischen Besatzungszone gegen die Unrechtsherrschaft. Es war der erste Aufstand der Massen im Einflussbereich der stalinistischen Sowjetunion überhaupt.

Die Frauen und Männer dieser Bewegung forderten ein besseres und selbst bestimmtes Leben, als es die Diktatur erlaubte. Am 16. Juni demonstrierten die Bauarbeiter im Ostteil Berlins. Am Tag darauf erhob sich das Volk im ganzen Land für die Freiheit. „Kollegen reiht Euch ein – wir wollen freie Menschen sein.“ Mit diesem Ruf gingen die Menschen auf die Straßen und Plätze. Was als Protest gegen die Arbeitsvorgaben des Regimes begann, wurde zum allgemeinen Fanal für Freiheit und deutsche Einheit.

Zentrale Veranstaltung der CDU Deutschlands anlässlich des Volksaufstands ist ein Empfang am 16. Juni im Konrad-Adenauer-Haus. Als Hauptredner wird Helmut Kohl, Bundeskanzler a.D. der Bundesrepublik Deutschland, den Ereignissen in der DDR gedenken. „Mit der Veranstaltung „Aufstand für

die Freiheit – der 17. Juni 1953“ setzt die Christlich Demokratische Union Deutschlands ein Zeichen für den Mut zur Freiheit, wie ihn die Frauen und Männer des 17. Juni bewiesen haben und der bis heute Ansporn und Verpflichtung unserer Politik ist,“ kündigte Angela Merkel in der Einladung an.

Engagement vor Ort

Da aus Anlass des 50. Jahrestags dieses Ereignisses eine Vielzahl von Gedenkfeiern und -Veranstaltungen stattfinden, hat die CDU Bundesgeschäftsstelle zur Unterstützung Ihrer Arbeit vor Ort mehrere Materialien vorbereitet. Unter www.cdunet.de finden Sie eine Muster-Rede, ein entsprechendes Grußwort und eine Anzeigenvorlage. Wie man dieses Ereignis auf eine ganz andere Art würdigen kann zeigt eine Initiative des Kreisverbands Groß-Gerau. Unter der Internet-Adresse www.17Juni1953.info findet der Internet-Nutzer neben zahlreichen Informationen zu dem „Volksaufstand“ ein Gewinnspiel zu diesem historischen Thema.

Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Vollendung der deutschen Einheit ist das gemeinsame Verständnis über die DDR von ost- und westdeutschen Bundesbürgern. Die Herausforderung besteht in einer Annäherung derjenigen, die in der DDR gelebt haben, und derjenigen, deren DDR-Bild über Dritte bestimmt war. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat jetzt aus aktuellem Anlass die Rede der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel vom 13. Juni 2002 „Die DDR im Geschichtsbewusstsein der Deutschen“ veröffentlicht. In dieser Rede rief die Vorsitzende der CDU Deutschlands dazu auf, einerseits die Erinnerung an das Leid der Opfer des DDR-Regimes wach zu halten; andererseits sich die besonderen Fähigkeiten der ehemaligen DDR-Bürger für ein zukunftsorientiertes Deutschland zunutze zu machen. Einzelexemplare der Rede „Die DDR im Geschichtsbewusstsein der Deutschen“ können via Fax 02241-246591 bestellt werden. Die Rede finden Sie auch auf www.kas.de

KARL-JOSEF LAUMANN:

Boom bei den Minijobs – ein Erfolg für die Union



Zum Bericht in der Financial Times Deutschland „Reform löst Boom bei Minijobs aus“ erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit:

Es ist sehr erfreulich, dass laut Angaben der Bundesknappschaft seit Einführung der neuen Mini-Job Regelung (400-Euro-Jobs) im April diesen Jahres bereits 600.000 neue Arbeitsplätze in diesem Bereich entstanden sind. Damit werden offenbar auch in den Branchen wieder geringfügige Beschäftigungen angeboten und angenommen, in denen nach der Neuregelung der 325-Euro-Jobs 1999 durch die rot-grüne Bundesregierung tausende Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Die Tatsache, dass Arbeitnehmer heute wieder unbürokratisch für 400 Euro

im Monat brutto für netto arbeiten können, und zwar auch im Nebenerwerb, verdanken sie der Durchsetzungsfähigkeit von CDU und CSU. Diese Regelung wurde nämlich erst im Vermittlungsausschuss von der Unionsseite in das Hartz-Paket eingearbeitet. Ohne die Union gäbe es diesen Boom bei den Minijobs nicht.

Die Bundesregierung hat hier mit Hilfe von CDU und CSU „Riester-Schrott“ weggeräumt und schmückt sich nun mit fremden Federn. Wichtig ist aber vor allem, dass den Menschen und der Wirtschaft in Deutschland geholfen wird und hierbei sollte die Regierung auch in Zukunft auf das hören, was die Union sagt.

ECKART VON KLAEDEN:

Rot-grüne Diffamierungskampagne bricht zusammen

Der Parlamentarische Geschäftsführer erklärte zur Verschiebung der Abgabe einer Stellungnahme des Bundeskanzleramtes gegenüber der Staatsanwaltschaft Bonn sowie zum Bericht in „Die Welt“ über den Rückzug der Bundesregierung aus dem Leuna-Verfahren:



Die Staatsanwaltschaft Bonn will bekanntlich das von der Regierung Schröder auf der Basis der Ermittlungen des Dr. Burkhard Hirsch angezettelte Strafermittlungsverfahren wegen angeblich unzulässiger Datenlösungen usw. einstellen. Das Bundeskanzleramt war aufgefordert worden, dazu bis zum 31. Mai 2003 Stellung zu nehmen. Das Bundeskanzleramt sieht sich dazu nicht in der Lage. Es will sich erst am 16. Juni 2003 äußern. Offensichtlich ist die Einstellungsabsicht der Staatsanwaltschaft so gut begründet, dass die Bundesregierung es nicht schafft, sich fristgerecht gegenüber der Staatsanwaltschaft Bonn zu äußern. Dabei hatte Staatsminister Schwanitz wiederholt, zuletzt in der Fragestunde am 21.05.2003, erklärt, eine Stellungnahme unter Beteiligung von Dr. Burkhard Hirsch würde fristgerecht abgeliefert.

Nach dem Bekanntwerden der Haltlosigkeit der un-

ter der Regierung Schröder mit Hilfe des Herrn Dr. Burckhard Hirsch erarbeiteten Aktenvernichtungs- und Datenlöschungsverdächtigungen zu Lasten der Regierung Kohl folgt der nächste Rückschlag für die Machenschaften der Regierung Schröder:

Die immer wieder und zu Unrecht kultivierten Verdächtigungen im Zusammenhang mit dem deutsch-französischen Erfolgsprojekt Leuna können von der Bundesregierung nicht länger aufrechterhalten werden. Sie sah sich deshalb zum Rückzug als Nebenkläger im Strafprozess gegen Mitarbeiter des französischen Konzern Elf-Aquitaine in Paris gezwungen. Zu Lasten des deutschen Steuerzahlers hatte die Bundesregierung das Thema Leuna-Verdächtigungen weiter betrieben, obwohl bereits der Generalbundesanwalt, die Staatsanwaltschaft Magdeburg und die Staatsanwaltschaft Saarbrücken keinerlei Anhaltspunkte für Straftatbestände sahen. Auch der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages in der vergangenen Legislaturperiode hatte solche Vorwürfe nicht feststellen können. Die CDU/CSU wird auf das Verhalten der Bundesregierung in dieser Sache zurückkommen.

DIETRICH AUSTERMANN:

Milliardenloch sorgt für Rekorddefizit in 2003



Zur Verschiebung der geplanten Steueramnestie auf 2004 erklärte der haushaltspolitische Sprecher:

Im SPD-internen Zwist um die Agenda 2010 ist der Bundesfinanzminister nach dem Kompromiss mit der Tabaksteuer im Gesundheitsbereich erneut der Gelackmeierte. 2,1 Mrd. € kostet ihn das Zugeständnis des Kanzlers an die sog. Parteirebellen, auf die Abgeltungssteuer auf Zinsen zu verzichten. In der Folge muss Eichel seine ursprünglich für dieses Jahr geplante Steueramnestie auf 2004 verschieben. Für die fehlenden gut 2 Mrd. € muss er nun noch mehr Schulden aufnehmen. Das Kartenhaus des Bundesfinanzministers bricht Stück für Stück zusammen. Statt der niedrigsten Neuverschuldung seit der Wiedervereinigung, wie noch vor Wochen

stolz verkündet, wird Eichel in Kürze mit rund 40 Mrd. € wahrscheinlich die höchste Nettokreditaufnahme im vereinigten Deutschland zu verantworten haben. Das drohende Rekorddefizit wird auch Auswirkungen auf den Haushalt 2004 haben.

Diese Entwicklung war zu Beginn des Jahres absehbar gewesen. Doch die Regierung hat so lange es ging die Realität verweigert. Angesichts der tatsächlichen Daten und Fakten ist dies inzwischen nicht mehr möglich: Die Statistiker haben für das erste Quartal ein Schrumpfen des BIP gemessen, die Steuerschätzer haben Steuerausfälle in Milliardenhöhe berechnet, die Bundesanstalt für Arbeit hat aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit auch in diesem Jahr einen Bundeszuschuss reklamiert. Im Vergleich zu den sich daraus ergebenden Milliardendefiziten nehmen sich die 2 Mrd. € aus der nun sang- und klanglos vorgenommenen Verschiebung der Steueramnestie geradezu bescheiden aus.

<http://>

Die Pressemitteilungen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag finden Sie chronologisch oder thematisch sortiert auf www.cducsu.de

HARTMUT KOSCHYK:
Aus Kaplan-Freilassung die Konsequenzen ziehen!



Zur Freilassung des Extremistenführers Kaplan erklärte der innenpolitische Sprecher:

Die Freilassung des Extremistenführers Kaplan belegt ein weiteres Mal das Versagen unseres Ausländerrechts bei der Extremismusbekämpfung. Das Urteil belegt, dass unser Ausländerrecht nicht gewährleistet, dass ausländische Extremisten, die sich offen gegen unseren Rechtsstaat stellen, dieses Land wieder verlassen müssen. Wir haben die Bundesregierung bereits in unserem Antrag „Deutschland wirksam vor Terroristen und Extremisten schützen“ (BT-Drs. 15/218) aufgefordert, diese Sicherheitslücke zu schließen. Aber geschehen ist nichts. Unser gesamtes Sicherheitsrecht und insbesondere das Ausländerrecht weist gravierende Lücken auf, die

entsprechend unseren Forderungen im genannten Antrag geschlossen werden müssen. Diese Lücken haben es doch erst möglich gemacht, dass Extremisten wie Kaplan geschützt durch das deutsche Ausländerrecht in unser Land einreisen, sich hier jahrelang aufhalten und noch nicht mal des Landes verwiesen werden können! Zentraler Punkt einer neuen Sicherheitsarchitektur muss deshalb sein, bereits die Einreise von Extremisten nach Deutschland zu verhindern, sie treffsicher identifizieren, umgehend erleichtert ausweisen und abschieben zu können.

HERMANN KUES:
Ökumenischer Kirchentag ermutigt C-Parteien



Zum ersten ökumenischen Kirchentag erklärte der Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften:

Der erste gemeinsame Kirchentag von evangeli-

schen und katholischen Christen war offenkundig überfällig. Durch die Gemeinsamkeiten beider Konfessionen sind die Christen berufen, auch gemeinsam unsere großen gesellschaftspolitischen Aufgaben der Zukunft intensiv zu begleiten. In unserer pluralistischen Gesellschaft wird die nach wie vor unverzichtbare Stimme der Kirchen stärker wahrgenommen, wenn sie gemeinsam agieren. Dazu gehört auch die gute Tradition der beiden Kirchen, gemeinsame Worte zu den drängenden Zeitfragen zu äußern, zuletzt zur Zukunft der Agrar- und auch der Gesundheitspolitik. Der Kirchentag hat vor allem gesellschaftspolitische Fragen aus christlichethischer Sicht thematisiert. Er hat eine sinnstiftende Wirkung nicht nur innerkirchlich entfaltet, sondern auch in Bezug auf eine geistige Neuorientierung unserer Gesellschaft. Der ökumenische Kirchentag war ein ermutigendes Zeichen, dass Religion nichts Weltabgewandtes ist, sondern sehr wohl ausgesprochen diesseitsbezogen zum Wohle der Menschen wirkt. Die Union tut gut daran, das „C“ in ihrem Namen ernst zu nehmen. Es ergeben sich daraus Chancen in einer Gesellschaft, die auf der Suche nach Orientierung ist.

WOLFGANG BOSBACH:

Vertrag mit dem Zentralrat der Juden **beeindruckender Vertrauensbeweis**



In der Debatte zum Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentralrat der Juden in Deutschland erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Dieser Vertrag ist keineswegs selbstverständlich, kein Zeichen von Normalität. Auch wenn der Staat sein Verhältnis zu den großen christlichen Kirchen seit langem durch Staatskirchenverträge oder Konkordate auf eine dauerhafte, rechtsverbindliche Grundlage gestellt hat. Und er ist keine Privilegierung einer Gruppe, denn die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates bedeutet nicht, dass er mit den unter seinen Bürgern vertretenen Reli-

gionsgemeinschaften nicht vertrauensvoll zusammenarbeiten soll.

Das wäre gerade nicht Neutralität, sondern Religionsfeindlichkeit des Staates. Denn als Kulturstaat schützt und fördert er die religiösen und kulturellen Engagements seiner Bürger. Die Unterzeichnung des Vertrages durch den Zentralrat der Juden in Deutschland ist auch ein beeindruckender Beweis des Vertrauens der jüdischen Mitbürger in unsere Demokratie, in unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und unsere Gesellschaft.

Kultur der Verständigung

Wir sollten in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass dieses Vertrauen unserer jüdischen Mitbürger in unser Land, in unsere freiheitliche Ordnung auch dazu beigetragen hat, das Vertrauen der internationalen Staatengemeinschaft in die damals noch junge Bundesrepublik Deutschland zu festigen. Dieses Vertrauen war und ist nicht selbstverständlich und wir dürfen es nicht enttäuschen.

Die deutsch-jüdische Gemeinde ist heute die drittgrößte Europas und dieje-

nige, die weltweit am schnellsten wächst, insbesondere auf Grund von Zuwanderung nach der deutschen Wiedervereinigung. Sie hat zum einen dazu geführt, dass jüdisches Leben in Deutschland wieder erblüht, aber es gibt auch Probleme, die man nicht verschweigen darf, sondern lösen muss, und damit neue Aufgaben und Herausforderungen.

Die Integration dieser Migranten jüdischen Glaubens ist nicht nur für die jeweiligen jüdischen Gemeinden, sondern für unsere Gesellschaft insgesamt eine wichtige Aufgabe. Dieser Vertrag soll deshalb auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die notwendige Integration nicht nur in die jüdischen Gemeinden, sondern auch in unsere Gesellschaft besser gelingt, und dass wir dadurch die Kultur der Verständigung und des Verstehens weiter ausbauen. Es wird in den nächsten Jahren nicht nur darauf ankommen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll und vertragsgerecht eingesetzt werden, um diese Ziele zu erreichen. Entscheidend wird sein, den Geist des Vertrages mit Leben zu erfüllen. Das aber ist nicht nur eine Aufgabe der Vertragsparteien, sondern eine Aufgabe für uns alle.

ARNOLD VAATZ:

Keinen Kahl-schlag im Osten anrichten!



Anlässlich der aktuellen Diskussionen um Subventionsabbau und Sanierung des Bundeshaushalts erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecher der Abgeordneten der neuen Bundesländer:

Angesichts der neusten Arbeitslosenzahlen kann ich nur davor warnen, ausge-rechnet im Osten den Rot-stift anzusetzen. Die Arbeitslosigkeit hat nach wie vor dramatische Ausmaße, aber die Bundesregierung hat kein Konzept zur Bekämpfung. Schon heute ist der Haushalt der BA unterfinanziert. Die Lehrstellensituation ist nach wie vor unbefriedigend. Die Finanzierung des von der Bundesregierung neu aufgelegten Jump-Programms ist völlig unklar.

Rot-Grün hat in seiner Regierungszeit die Förderung der ostdeutschen Wirtschaft und Forschung kontinuierlich heruntergefahren. Kreditfinanzierte Programme für den ostdeutschen Mittelstand und die ostdeutschen Kommunen sollen den Anschein erwecken, dass die Bundesregierung etwas für den Osten tut. Dabei weiß die Bundesregierung sehr wohl, dass die ostdeutschen Unternehmen und Kommunen wegen der Aufbauarbeit der vergangenen 13 Jahre noch mit hohen Krediten und Kapitaldienstverpflichtungen belastet sind. Neue Belastungen sind nicht zu schultern, auf die bestehenden Förderinstrumente kann nicht verzichtet werden.

Nur wenn es dem Osten besser geht, wird auch der Westen gesund.

PETER GÖTZ:

Rot-Grün übergeht Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen

Zu der angekündigten Einstellung von 12.000 zusätzlichen Arbeitsvermittlern bei der Bundesanstalt für Arbeit (BA) durch Wirtschaftsstaatssekretär Anzinger erklärt der kommunalpolitische Sprecher:



Die Regierungskommission zur Gemeindefinanzreform hat sich nicht festgelegt. Soll die BA und damit der Staat oder sollen die Kommunen für die Betreuung von Langzeitarbeitslosen zuständig sein? Die Entscheidung darüber erfolgt mit dem angekündigten so genannten Hartz-IV-Gesetz im Bundestag und Bundesrat. Das Gesetz kann frühestens 2004 in Kraft treten. Trotzdem kündigt Wirtschaftsstaatssekretär Anzinger vorab die Einstellung von 12.000 zusätzlichen Mitarbeitern bei der BA an; Kostenpunkt 760 Mio. € pro Jahr. Noch in diesem Jahr sollen die Ersten eingestellt werden. Anzinger ist selbst an der Gemeindefinanzreform beteiligt und müsste es wissen: Mit seiner Ankündigung übergeht er die Kommission und greift der Entscheidung von Bundestag und -rat vor. Ich weise dieses Vorgehen entschieden zurück und empfehle dem Staatssekretär Nachdenken über Sinn und Zweck von Kommissionen bei dieser Regierung.

**Postkarte
„Der rote Faden der Regierung“**

Bestell-Nummer: 9031
Preis je **100 Stück: 8,00 €**
inkl. MwSt.: 8,56 €

Der rote Faden der Regierung.



Besser für die Menschen.



Leitfaden

Kampagne Mitgliederwerbung

Sie sind Botschafter der CDU!

Besser für die Menschen.



**Leitfaden
„Kampagne Mitgliederwerbung“**

Bestell-Nummer: 4019
Preis je **25 Stück: 14,50 €**
inkl. MwSt.: 15,52 €

**Gerhard Schröder
bei Amtsantritt 1998:**

**„Wir werden nicht alles anders,
aber vieles besser machen.“**

1998 - 2003

Deutschland 4 1/2 Jahre später:

- Wirtschaftswachstum**
 1998: 3,862 Mrd. Arbeitslose - 2003: 4,505 Mrd. Arbeitslose
 1998: 2 % Wachstum - 2003: 0,3 % Wachstum
- Wachsende Staatverschuldung**
 1998: 22,5 % des Bruttoinlandsprodukt - 2003: bis zu 4,0
- Wachsende Sozialleistungen** - und das trotz „Besser-machen“
 1998: 42,5 % des Bruttoinlands - 2003: bis zu 43 % des B

Besser für die Menschen.

Postkarte „Besser machen“

Bestell-Nummer: 9037
Preis je **100 Stück: 12,00 €**
inkl. MwSt.: 12,84 €

Hier sind wir

Senjoren
Unlon **CDU**

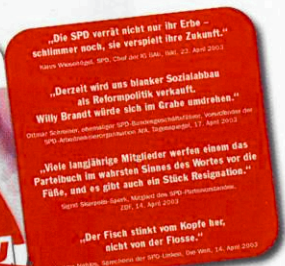
Die Idee
Der Gedanke
Das Ziel

Leporello
„Hier sind wir“

Bestell-Nummer: 2023
Preis je 100 Stück: 22,00 €
inkl. MwSt.: 23,54 €

Mini-Broschüre
„Die SPD streitet sich...“

Bestell-Nummer: 5039
Preis je 50 Stück: 20,00 €
inkl. MwSt.: 21,40 €



Faltplan
Ländervergleich
Stand: 01.04.2003

Bestell-Nummer: 2865
Preis je 50 Stück: 15,25 €
inkl. MwSt.: 16,32 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Die neue Wandzeitung

**So kann man sogar Rot-Grün genießen.
Schönen Sommer!**



Besser für die Menschen.

CDU

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie können von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.